



+++NEWSTICKER+++

Kommt jetzt die **Erhöhung der Parkgebühren**? Wie sich herausstellt, kann OB Hilbert Kraft seiner Wassersuppe diese Erhöhung beschließen. Auch ohne Zustimmung der Autolobby im Stadtrat. Na dann mal los!

+++++

Tatütataramtamtam! Es war schon wieder **Großeinsatz am Assieck** und Max Aschenbach fragt nach, was die „Knüppelbande“ von der „Besonderen Einsatzgruppe“ eigentlich beruflich macht. Eine Antwort steht noch aus.

+++++

Ist der Weg frei für Windräder in Dresden? Wie Stadtrat Martin Schulte-Wissermann beim Runden-Tisch-Klima herausfindet ist der2013er Beschluss gegen Windanlagen mittlerweile durch geänderte Rahmenbedingungen rechtswidrig und damit nichtig. **Windräder in Dresden** können also kommen.“ Wir vermuten jetzt schon kräftigen Gegenwind aus der Anti-Klima-Ecke des Stadtrats...

+++++

Ganz neuer **Ärger um OB Hilbert**: Nach dem Bohei um das mittlerweile gegen Geldzahlung eingestellte Strafverfahren Hilberts Frau vs. Hilbert, geht es nun wieder um die „Ü-18-Party“ im Rathaus. Der OB habe seit Jahren „freihändig“ die saftigen Aufträge an seinen Kumpel Frank Schröder vergeben. Die Recherchen laufen.

+++++

Ungewöhnlich: **Lob von OB Hilbert!** Im SZ-Interview sagte er: „Wer sehr um eine konstruktive Zusammenarbeit bemüht ist, sind zum Beispiel die Dissidenten.“ Ob das nun gut oder schlecht ist, wird noch erörtert.

Mehr News im Podcast:
diss.news/nachschlag



SCHAULAUFEN DES VERSAGENS Über Dresdner Wohnungspolitik und (un-)bezahlbares Wohnen

Es dürfte, zumindest in der Theorie, kein Zweifel daran bestehen, dass die Sicherung bezahlbaren Wohnraums zu den zentralen Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge gehört. Spätestens nach der Formulierung solch plakativer Absichten ist es aber auch schon vorbei mit der Einigkeit im Dresdner Stadtrat. Ideologische Grabenkämpfe und die Unfähigkeit zu einer Politik pragmatischer Vernunft bestimmen spätestens seit 2006 die Stadtpolitik. Seit die Stadtratsmehrheit der Konservativen mit Hilfe von Teilen der damaligen PDS (Ex-LINKE) den Verkauf von ca. 48.000 Wohnungen der kommunalen WOBA Dresden GmbH auf den Weg brachte, wurde das Thema Wohnen zum zentralen Zankapfel der Kommunalpolitik. Fraglos sorgte der Deal damals dafür, dass sich Dresden als erste Großstadt Deutschlands faktisch entschuldigen konnte, allerdings um den hohen Preis, dass jeder Einfluss auf die Entwicklung von Mieten in Dresden aus der Hand gegeben wurde und die Nachfolgerin des damaligen Käufers, dem US-Investor Fortress, die VONOVIA AG, nur noch bis 2035 einen Teil der Wohnungen mietpreisgebunden anbieten muss.

Der ersten rot-grün-roten Stadtratsmehrheit 2014 ist es zwar zu verdanken, dass mit der Neugründung der städtischen „Wohnen in Dresden“ (WID GmbH)

eine Teilkorrektur des wohnungspolitischen Offenbarungseides des Jahres 2006 auf den Weg gebracht wurde.

Das ambitionierte Ziel, bis 2019 mehr als 1.300 mietpreisgebundene Wohnungen neu zu bauen wurde allerdings nicht erreicht. Schuld daran war auch der Streit innerhalb des Bündnisses aus Linken, Grünen und SPD. Beim ersten Großprojekt der WID in der Johannstadt, als es um den Neubau von mehr als 100 Sozialwohnungen ging, schlug sich die LINKE in die Büsche. Das Projekt verlor seine Mehrheit im Stadtrat und wurde auf Eis gelegt.

Das Bild der sogenannten Fortschrittskooperation im Stadtrat fiel aber auch in anderen zentralen wohnungspolitischen Fragen erbärmlich aus. Das vom Baubürgermeister Schmidt-Lamontain (GRÜNE) auf den Weg gebrachte „Kooperative Baulandmodell“, mit dem Investoren dazu gebracht werden sollten, 30% der Baumaßnahmen bei größeren Projekten als Sozialwohnungen zu errichten, wurde mit den Stimmen von GRÜNEN und SPD heruntergesetzt. Initiativen der DISSIDENTEN-Fraktion seit 2021 mit dem Ziel, Wohnraum durch soziale Erhaltungssatzungen zu sichern, scheiterten u.a. am widersprüchlichen Agieren der LINKEN. Auch bei dem Versuch der DISSIDENTEN, Bewohnerrechte

durch die Einrichtung von Mieter:innenbeiräten sicher zu stellen, verhielten sich neben der rechten Seite, Die LINKE und SPD ambivalent. Selbstredend bildeten CDU, FDP und Freie Wähler mit der AfD in allen Fragen der Sicherung von Mieterrechten und bezahlbarem Wohnraum ihre Phalanx gegen eine soziale Wohnungspolitik. Die Uneinigkeit der so genannten linken Fraktionen (besser: nicht rechten Fraktionen) vereitelten allerdings auch eine fortschrittliche Wohnungspolitik.

Durch den ersten Antrag der DISSIDENTEN-Fraktion seit ihrer Gründung 2021, konnte ein Richtungswechsel in der Dresdner Wohnungspolitik eingeleitet werden. Nach dem Totalausverkauf 2006 beschloss der Stadtrat, bis zu 3.000 Wohnungen der Vonovia zu kaufen. Zwar stehen gegenwärtig nur ca. 1.200 Wohnungen konkret zur Debatte, allerdings ist das ein Anfang. Wenn jetzt auch noch der Antrag der DISSIDENTEN, dass neue Eigentumsformen (Miethausyndikate, kleine Wohnungsgenossenschaften) beim Vonovia-Deal zum Tragen kommen, wäre wirklich ein erster Schritt für eine neue Wohnungspolitik in Dresden erreicht.

Meldung zum
Vonovia-Ankauf
diss.news/ankauf



Für mehr genossenschaftliches Wohnen in Dresden

Gastkommentar von Silke Pohl, Vorstand WoGe Dresden eG

- ZIELE DER WÖGE
- SICHERER, BEZAHLBARER WOHNRAUM
- HOHES MAß AN SELBSTVERWALTUNG
- KOLLEKTIVES EIGENTUM
- SOLIDARITÄT
- HÄUSER DAUERHAFT SPEKULATION ENTZIEHEN

Silke Pohl ist Vorstand in der Genossenschaft „Wohnen gestalten“

Die WoGe ist eine junge Dach-Wohnungsgenossenschaft in Dresden, die gemeinsam mit Mieter:innen-Gemeinschaften und Projektgruppen Häuser kaufen oder in Erbbaurecht erwerben will. Wir unterstützen den Antrag der Dissidentenfraktion, den Vonovia-Erwerb für genossenschaftliche Modelle zu nutzen.

Aus unseren Beratungen wissen wir, dass in einigen Vonovia-Häusern Mieter:innen-Gemeinschaften bereits versuchten, ihr Haus von der Vonovia zu kaufen. Diese Mieter:innen profitieren von dem Antrag und könnten zukünftig selbstverwaltet wohnen. Zum anderen profitiert auch die Stadt Dresden davon. Denn in kleinen Genossenschaften, Miethäusersyndikatsprojekten, Baugemeinschaften organisieren und finanzieren die Mieter:innen Kauf und Sanierung selbst. Die Stadt erfüllt so ihr Ziel, auf Dauer bezahlbaren Wohnraum in der Stadt zu generieren – ohne den finanziellen und organisatorischen Aufwand.

Darüber hinaus sind gemeinschaftliche Wohnprojekte ein Mehrwert für die Stadt: Sie wirken gegen Vereinzelung, schaffen Mehrgenerationen- oder inklusives Wohnen und neue Wohnformen. Die Bewohner:innen sind geübt in Selbstorganisation und gestalten häufig im Stadtteil mit. Das kann Dresden gut gebrauchen.

TREPPENWITZ DES MONATS

Neues vom OB der Herzen
Der 1.000.000-Euro Dick

Während die ganze Stadt über die Geldausgabegebühren des Oberbürgers Hilbert diskutiert, gibt sich ihre Durchlaucht von unterm Herkules eine Erhöhung der sogenannten „Verfügungsgrenzen“ auf bis zu 1 Mio. Euro. Nachdem also bereits bei der berüchtigten Ü-18-Party die Frage aufkam, wieso die Stadtspitze soviel Geld freigibt, ist das Timing für mehr Geldvergabe wirklich trefflich gewählt. Weiter so, Herr OB!



DURSTIGE CHIPS

Martin Schulte-Wissermann über das 50 Millionen Euro Geschenk an die Chipindustrie

Mit dem neuen TSMC-Chipwerk neben dem Flughafen soll die Entwicklung der Halbleiterwelt in Dresden erst richtig losgehen. Wie man munkelt, planen auch Bosch, Infineon und GlobalFoundries deutliche Erweiterungen ihrer Produktionskapazitäten. Diese Entwicklung ist natürlich getrieben von dem Corona-Lieferketten-Schock, gepaart mit der Befürchtung, ein Angriff Chinas auf das unabhängige Taiwan würde noch weit größere Disruptionen in der Chip-Beschaffung auslösen – und da ist es natürlich sinnvoll und praktisch, wenn Teile der Chip-Produktion direkt in Europa stattfinden.

Nun kommen die Chiphersteller nicht, weil Dresden so schön ist. Sie kommen, weil hier die Bedingungen gut sind. Und die Bedingungen sind gut, da die Bundes- und Landesregierung Milliardensubventionen ausloben und die Planungsprozesse in diesem doch oft so planungsmüdem Land auf aberwitzige Geschwindigkeit beschleunigen – man könnte auch sagen, alle möglichen Hürden werden aus dem Weg geblasen, ehe irgendwelche Hürden überhaupt aufgestellt werden könnten.

Alle Hürden? ... Nein. Bei alledem hat man den Stadtrat vergessen. Die Chip-Fabriken brauchen nämlich viel Wasser – so

viel Wasser, dass die SachsenEnergie ca. 360 Mio. Euro investieren muss, damit genug Wasser nach Klotzsche gepumpt werden kann. Blöd ist nun, dass die bereits ausverhandelten Wassergebühren nicht hoch genug sind, dass sich dieses Investment wirtschaftlich trägt.

Und damit die Chiphersteller nicht abspringen und gleichzeitig die Rechnung für die SachsenEnergie doch noch aufgeht, braucht die SachsenEnergie 150 Mio. Euro Zuschuss. Nicht geborgt, sie braucht die Kohle geschenkt. Der Freistaat verspricht 100 Mio. Euro, wenn (und nur dann!) der Stadtrat auch 50 Mio. Euro beisteuert. So hat es sich das Land ausgedacht, ohne vorher den Stadtrat zu fragen. Diese Schenkung steht jetzt auf der Tagesordnung des Stadtrats.

Der Stadtrat muss nun zustimmen, denn wenn der Stadtrat die 50 Mio. Euro nicht freigibt, gibt das Land sein Geld auch nicht frei und dann kommen alle diese Industrien nicht. Und dann ist Heulen und Zähneklappern: „Wir verlieren Arbeitsplätze, Dresdens Wirtschaft kollabiert, Sturm kommt auf, das Licht geht aus, Deindustrialisierung, das Ende von Dresden ist nah!“ Oder kurz: Man kann so ein Vorgehen auch 'Erpressung' nennen.

Ich finde, so geht das nicht! Bei jedem anderen Investitionsvorhaben wird der Stadtrat von Anfang an einbezogen, denn die Stadt hat die 'Kommunale Planungshoheit'. Die Stadt bestimmt, was gebaut wird. Die Konditionen dafür werden dann zwischen Investor und Stadtrat verhandelt – und zwar bevor gebaut wird. Jeder Investor will irgendwas von der Stadt und die Stadt von ihm – und wenn alles gut geht, findet man gegenseitiges Einvernehmen zum Nutzen aller.

Auch die Chipindustrie will was von der Stadt. Sie braucht z.B. Wohnungen für die Angestellten, Busse zum Werkstor, Kitas- und Schulen für die Kinder, Kunst, Kultur und eine schöne Stadt ... soll sich Dresden nun alleine um all die Kollaterale-Entwicklungen kümmern (und

bezahlen) und dazu auch noch 50 Mio für billigeres Wasser schenken?

Die Antwort darauf ist nicht einfach. Es geht hier immerhin um einen wichtigen Baustein der (wirtschaftlichen) Entwicklung von Dresden und der Region. Es kann sein, dass Dresden ein Vielfaches der 50 Mio. Euro in den kommenden Jahren über Steuern zurückbekommt. Kann sein, dass Dresden mit diesen 50 Mio. Euro wirklich zum Zentrum der Chip-Industrie in Europa wird. Kann sein, dass man in 20 Jahren sehr, sehr froh sein wird, dass wir mit verbilligtem Wasser Dresdens Wirtschaft entscheidend voran gebracht haben ...

... kann aber auch sein, dass das erhoffte Wachstum der Chip-Industrie nicht kommt und sie sich in ein paar Jahren verabschiedet. Kann sein, dass wir sinnlos unendlich viel Wasser nach Klotzsche pumpen können. Kann sein, dass sich Dresden an all dem Wasser gehörig verschluckt. Und bei all dem wird der Stadtrat bislang weitestgehend im Dunkeln gelassen.

Um wenigstens etwas Licht in dieses Dunkel zu bekommen, habe ich daher erfolgreich beantragt, dass bis auf Weiteres im Wirtschaftsausschuss regelmäßig nicht nur über den aktuellen Stand der Ansiedlungen berichtet wird, sondern auch, dass über dieses Gremium der Stadtrat 'aktiv in die weiteren Entwicklungen mit einbezogen' wird. Wir werden sehen, wie weit dieses zarte Pflänzchen der Partizipation sich entwickelt. Ich hoffe, dies trägt mit dazu bei, dass der Stadtrat als Ganzes bald aufwacht und seine ureigene Verantwortung der 'kommunalen Planungshoheit' wieder selbst in die Hand nimmt. Ich will liebend gerne bald mit TSMC Manager:innen über Standorte für Werkwohnungen und deren Finanzbeitrag zur Verlängerung der Linie 8 verhandeln.

Pressemeldung zur
TSMC-Ansiedlung
diss.news/tsmc



IMPRESSUM

Herausgeberin: **Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden**

Kontakt: Rathaus, Raum 1/052
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Telefon: 0351 4881131
dissidenten-fraktion@dresden.de

Redaktion: Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmelich, Max Aschenbach

Gestaltung: Agentur Grafikladen, Dresden

Produktion: Rathausdruckerei, 1000 Stück

Im Internet: www.dissidenten-fraktion.de

Bildnachweise: S.2: Jörg Blobelt, Wiki-Commons, CC BY-SA 4.0



PLAKATE RUNTER!

Als im Sommer 2022 die Wahl zur Oberbürgermeister:in stattfand, war die Aufregung groß: Der Kandidat der AfD, Dr. Krahl, aktuell Spitzenkandidat zur EU-Wahl für die Partei des nationalen Unsozialismus, hatte Plakate hängen lassen, die aus mehreren Plakaten ein Bild ergaben. Daran störte sich nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern nun auch die Verwaltung der Landeshauptstadt. Im Zuge des anstehenden „Super-Wahljahres“ 2024 soll das Regelwerk für die Wahlwerbung angepasst werden.

Man mag von der Maßnahme, keine „[Wahl-]Werbeplakate zu einer einheitlichen Aussage ... zusammensetzen“ halten was man will. Ob damit nicht sogar dem „Langen Max“ (eine Erfindung der Lokalpresse) eine späte Aderlung zuteil wird, ist diskutabel. Aber womöglich ist das Amt übers Ziel hinausgeschossen, indem es Wahlwerbung vor Kitas verbieten will. Kitas? Welcher 4-jährige wird denn davon (schlecht) beeinflusst? Was befürchten die Macher des neuen Passus? Und wie sollen jene, die Plakate aufhängen eigentlich erkennen ob sich um Umkreis eine Tagesmutter/ein Tagesvater befindet? Das alles müffelt ein wenig nach sehr deutscher Regelungswut.

Link zum Antrag:
diss.news/wahlsatzung



SPORT FREI!

In Dresden herrscht Haushaltssperre. Vor allem die sogenannten „Freien Träger“ der verschiedenen Bereiche (Soziales, Jugendarbeit, etc.) treffen die Kürzungen besonders hart. Also beantragte die LINKE die Fördermittel für Soziales und Jugendhilfe komplett auszuzahlen. In der letzten Stadtratssitzung, beantragte die cdU nicht die Mittel für Soziales und Jugendhilfe freizugeben, sondern die für Sport. Nur die für Sport. Dort gleich saftige 1,2 Millionen. Das Angebot alle 3 Bereiche von der Haushaltssperre auszunehmen lehnte die asoziale Rechte ab. In der Endabstimmung gab es für nichts eine Mehrheit.

Daraufhin engagierte sich emsig die cdU, bemühte sich der cdU-Sportbürgermeister und nickten eifrig die Fraktionen. Hauruck, nur einen Monat später, entschied die totale Mehrheit in einer gemeinsamen Ausschusssondersitzung über eine Eilvorlage die 1,2 Mio. herbeizuschaueln. Toll.

Und wie steht's ums Geld für Soziales und Jugendhilfe? Davon hat man nichts mehr gehört. Wen interessiert schon dieses Prekariat? Das wählt ohnehin kaum.

Kommentar zur Haushaltssperre im Podcast
diss.news/sport



HAFEN DICHT!

Es ist mal wieder soweit – die Dresdner Rechte schießt gegen Geflüchtete. Diesmal ist es die CDU, die in den allgemeinen, gesellschaftlichen „Das Boot ist voll“-Tenor mit einstimmt und die Rücknahme des Beschlusses „Dresden soll sicherer Hafen werden“ beantragt. Im Antrag wird jetzt gefordert, auf keinen Fall mehr Geflüchtete als über das „unabwendbare Maß hinaus“ aufzunehmen. Da Dresden bis dato noch gar nicht mehr Menschen aufnimmt, als es der Königsteiner Schlüssel fordert, ist der Antrag also symbolisch.

Dass es sich beim „Sicheren Hafen“ auch um ein reines Symbol handelt, beklagen zumindest einige Dresdner Seenotretter:innen. Seit der Verabschiedung im März '22 sei de facto keine Unterstützung bei ihnen angekommen. Wo andere Städte wenigstens an die Rettungsinitiativen gespendet hätten, habe Dresden genau nichts unternommen. Natürlich arbeitet Politik mit Symbolwirkungen. Aber den Ertrinkenden im Mittelmeer ist damit allerdings überhaupt nicht geholfen. Ob nun also Dresden ein Sicherer Hafen ist oder nicht, interessiert für die grassierende Abschiebefreude herzlich wenig. Dieser Hafen ist nie ein sicherer gewesen.

Link zum Antrag
diss.news/hafen



KLAUSUR DER DISSIDENTEN IN DEČIN, CZ



Zu den edelsten und schönsten Aufgaben einer Fraktion gehört es nachwievor Klausur abzuhalten. Zum Pläne schmieden auch mal raus aus dem Rathaus kommen und den *Muff aus 1000 Jahren* Verwaltung hinter sich zu lassen.

Und dafür gibt nichts passenderes als die freundlichen Nachbarn hinter der Grenze zu besuchen. Das freut einerseits die tschechische Gastronomie, das freut die Fraktionäre und die Mitarbeitenden, und das freut am Ende sogar

den berühmten „Steuerzahler“ - wegen der geringen Kosten im Böhmisches. Besprochen wurde vor allem, wie es in den nächsten Monaten - denn die Stadtratswahlen kommen in großen Schritten näher! - mit der Fraktion weitergehen soll. Denn eins ist klar: Auch wenn Piraten, PARTEI und Dissident:innen ihre eigenen Wahlkampfsüppchen kochen, die Arbeit im Stadtrat soll und darf darunter nicht leiden. Es gilt immernoch, in dem manchmal sehr verschlafenen Elbflorenz Beine zu machen. Denn ob Wahlkampf oder nicht - die Probleme, die es zu lösen gilt schert das nicht. Ob Klima, Wohnen, Verkehr oder der grassierende Rechtsruck: all das muss weiterhin kritisch begleitet werden!